

V0096/24

Aussegnungshalle Friedrichshofen

-Dringlichkeitsantrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 06.02.2024-

Antrag:

die UWG-Stadtratsfraktion stellt nachfolgenden Dringlichkeitsantrag zur Aussegnungshalle Friedrichshofen:

1. Der notwendige Anbau an die bestehende Aussegnungshalle in Friedrichshofen ist als dringliche Maßnahme zum Haushalt 2024/25 in das Hochbauamtsprogramm aufzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend in die Planungen für Um- und Anbau der Aussegnungshalle einzutreten. Bereits vorhandene Planskizzen sollen mitverwendet werden.
3. Außerordentliche Haushaltsmittel werden für die Jahre 2024/ 25 eingestellt.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	20.02.2024	Entscheidung
Stadtrat	29.02.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 29.02.2024

Stadtrat Niedermeier führt zum Antrag der UWG aus, dass ein städtischer Mitarbeiter in einer Sitzung vor kurzem geäußert habe, dass es einen Gleichbehandlungsgrundsatz für alle städtischen Friedhöfe gebe. Wenn man sich denjenigen in Friedrichshofen anschau, treffe dies in Hinblick auf die Aussegnungshalle aber nicht zu. Das Thema sei eine Herzensangelegenheit für viele Bürger vor Ort, dies zeige auch die häufige Behandlung im Bezirksausschuss. Er erinnert an einen Ortstermin und den Besuch einer BZA-Sitzung durch Herrn Hoffmann. Damals sei man auf einem guten Weg gewesen, der BZA habe sogar 40.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt zur Verfügung gestellt. Nun sei das Projekt aber in die „rote Liste“ gerutscht, weshalb der Antrag nötig geworden sei.

Herr Hoffmann bedauere die Herabsatzung des Projekts in die „rote Liste“. In Anbetracht der geforderten Einsparungen sei aber nun einmal eine Priorisierung nötig. Er könne das Ärgernis der Bevölkerung bei einer Trauerfeier bei jeder Witterung im Freien stehen zu müssen, durchaus nachvollziehen. Man habe sich daher innerhalb der Bauverwaltung dazu entschlossen, dieses Jahr mit internen Ressourcen die Planungen voranzutreiben, womit keine Kosten ausgelöst würden. Für das nächste Jahr könnten dann die weiteren Mittel für die Umsetzung in die Haushaltsverhandlungen aufgenommen werden.

Stadtrat Achhammer habe als benachbarter Gerolfinger innerhalb seiner Fraktion für die Zustimmung zum Antrag geworben. Der Zustand der Aussegnungshalle sei wirklich sehr schlecht, da sich nicht einmal der Pfarrer oder die Bestatter unterstellen könnten. Er verweist auf Gerolfing, wo man auch jahrelang gekämpft habe und letztlich durch Eigenleistung ein

neues Gebäude an das alte Häuschen angebaut habe. Er bringt die Friedrichshofener Bürgerinitiative ins Spiel, die sich eventuell auch bei diesem Themen einbringen könne.

Mögliche Arbeitseinsätze müssten mit Herrn Hoffmann abgestimmt werden, erklärt Herr Fleckinger. Die Finanzierung sei hingegen bereits abgestimmt und zusätzliche Mittel aus dem Bürgerhaushalt würden seitens der Kämmerei wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Schäuble ist der Meinung, dass es grundsätzlich viele wichtige Maßnahmen auf den Listen des Baureferats gebe, beispielsweise marode Feuerwehrrhäuser. Die Priorisierung hierbei sei für ihn schwierig, weswegen er im vorliegenden Fall für die vorgetragene kostengünstigere Alternative sehr dankbar wäre.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass durch das Angebot, die Planung mit eigenem Personal durchzuführen, der laufende Haushalt nicht betroffen sei. In den Beratungen für das nächste Jahr könne man dann nochmal entscheiden, wie weiter verfahren werde.

Stadtrat Niedermeier entgegnet, dass er aufgrund der positiven Resonanz der anderen Fraktionen gerne schon heute eine Abstimmung hätte, damit das Projekt nicht nächstes Jahr unter Umständen wieder abgesetzt werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwidert, dass das Projekt durch die beginnende Planung automatisch aus der „roten Liste“ falle. Die finanziellen Mittel würden dann wie üblich erst in dem Haushalt beschlossen, in welchem sie ausgegeben werden sollen.

Stadtrat Semle verweist auf Punkt 3 des UWG-Antrages. Die Darstellungen des Oberbürgermeister würden dieser Formulierung widersprechen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt klar, dass die Ziffer 3, wie erläutert, nicht abgestimmt werden könne.

Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 des UWG-Antrags:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.